

Wahlprüfstein Bundesverband Deutscher Milchviehalter e.V.

| Ihre Frage | Unsere Antwort |
|--|---|
| <p>Marktstellung</p> <p>1. Das BKartA hat in der Sektoruntersuchung Milch bereits 2012 ein starkes Marktgefälle zu Ungunsten der Erzeuger gegenüber den Molkereien festgestellt. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Sekundärsektor deutlich und nachhaltig zu verbessern?</p> | <p>Die Stärkung der Landwirtschaft gegenüber den Abnehmern ist der SPD ein großes Anliegen. Landwirtschaft ernährt uns alle. Die Landwirt*innen sollen auch gut von Ihrer Arbeit leben können. Dafür brauchen wir andere Strukturen, die die Abhängigkeiten auflösen. Erst vor wenigen Wochen konnten wir das Gesetz zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich für mehr Fairness in der Agrar- und Lebensmittellieferkette durchsetzen: . Dass Handelsunternehmen etwa Bestellungen kurzfristig stornieren, Lieferanten an Lagerkosten beteiligen oder nicht verkaufte Ware an diese zurückschicken können, ohne dafür zu bezahlen, gehört mit Inkrafttreten des Gesetzes der Vergangenheit an. Durch die Schaffung einer neuen Ombudsstelle erhalten Landwirte und Lieferanten innerhalb und außerhalb der EU eine unabhängige und niedrigschwellige Anlaufstelle, der sie neben unlauteren Handelspraktiken auch unfaire Preise melden können. Die Stelle wird zudem die Entwicklung von Preisen und Produktionskosten beobachten. Sie war ein Herzensanliegen der SPD.</p> <p>Das Gesetz wird nach zwei Jahren evaluiert, dabei können weitere unlautere Vertragsbedingungen verboten werden. Auch die Prüfung eines Verbots von Dumpingpreisen soll in die Evaluierung einfließen. Noch nicht erfasst sind die Praktiken der sogenannten "grauen Liste". In der kommenden Wahlperiode werden wir uns weiter für ein Verbot einsetzen .</p> |
| <p>Genossenschaftsrecht</p> <p>2. Mehr als 2/3 der dt. Milch wird von Genossenschaften verarbeitet. Vor allem dort ist vom BKartA ein sehr schwaches Interesse an höheren</p> | <p>Ja, wir werden prüfen, wie wir das Genossenschaftsrecht besser ausgestalten können. Grundsätzlich ist das Modell der Genossenschaft für die beteiligten Unternehmen oder Personen vorteilhaft, da wirtschaftliche Kräfte gebündelt werden können. Gerade in der Landwirtschaft stehen viele kleinere Landwirtschaftsbetriebe größeren verarbeitenden Genossenschaften gegenüber. Darum wollen wir die</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Erlösen für Milchprodukte bestätigt worden. Wird Ihre Partei eine Reform des Genossenschaftsrechts angehen, um die Marktmacht in diesem Bereich auszutarieren?</p> | <p>rechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften verbessern.</p> |
| <p>Kostendeckung</p> | |
| <p>3. Die Unterdeckung der Milcherzeugungskosten beläuft sich seit vielen Jahren in Größenordnung von rund 30%. Welche Überlegungen verfolgt Ihre Partei, um die Situation der Milcherzeuger nachhaltig zu verbessern?</p> | <p>Entscheidend bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Milchproduktion werden zudem regionale Wertschöpfungsketten sein, die idealerweise durch eine gezielte öffentliche Beschaffung für die Gemeinschaftsverpflegung ermöglicht werden.</p> |
| <p>Branchenorganisation</p> | |
| <p>4. Wird sich Ihre Partei für die Definition der Milchviehhalter/Landwirtschaft als eigene Branche innerhalb der Wertschöpfungskette – wie von uns in der BDM-Sektorstrategie 2030 vorgeschlagen – für alle landwirtschaftlichen Produktionsbereiche einsetzen?</p> | <p>Die Verhandlungsposition der Milcherzeuger*innen gegenüber Molkereien und Lebensmittelunternehmen muss gestärkt werden. Die Gründung von Branchenverbänden bzw. einer Branchenorganisation im Bereich der Milchwirtschaft kann ein sinnvoller Weg sein, um eine starke Interessenvertretung zu bilden und den Dialog zu stärken.</p> |
| <p>Krisenmanagement</p> | |
| <p>5. Das EU-Parlament hat sich für die</p> | <p>Eine Mengengrenzung in schwierigen Marktlagen führt zu einem extremen Bürokratieaufwand und kann das</p> |

| | |
|---|--|
| <p>Erweiterung des Sicherheitsnetzes für EU-Agrarmärkte um mengenbegrenzende Instrumente im Marktkrisenfall ausgesprochen und in den Trilogverhandlungen damit durchgesetzt. Unterstützt Ihre Partei diese Entwicklung zur Marktkrisenprävention?</p> | <p>Problem nicht lösen: 70 Prozent der Milchbauern sind Teil von Genossenschaften. Diese Lieferant*innen hätten es grundsätzlich in der Hand, entsprechende Änderungen in der Satzung/ Lieferordnung herbeizuführen oder ggf. aus der Genossenschaft auszuscheiden.</p> <p>Ein Milchmarkt-Krisenmanagement auf EU-Ebene wurde bereits in mehreren Studien als nicht zielführend beurteilt. Eine Umsetzung würde die individuelle Entscheidungsfreiheit von Erzeuger*innen beschränken, den Marktzugang neuer Erzeuger*innen erschweren und eine aufwendige Administration mit zusätzlichen Kosten erzeugen. Zudem bezweifelt bspw. das Thünen-Institut, dass hierdurch die gewünschte preisstabilisierende Wirkung erreicht werden kann. Eine allgemeinverbindliche EU-Marktsteuerung würde der Heterogenität des europäischen Markts nicht gerecht werden und viele Milcherzeuger*innen sowie Verarbeiter*innen benachteiligen. Der Bund hilft Milcherzeuger*innen bereits heute, indem Interventions- und Krisenmaßnahmen der EU national umgesetzt werden. Diese werden durch nationale Maßnahmen ergänzt. In Krisen stand man den Betrieben finanziell und marktentlastend zu Seite.</p> |
| <p>EU-Agrarpolitik</p> | |
| <p>6. Seit Jahrzehnten ist die Europäische Agrarpolitik geprägt von der Zielsetzung, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und Agrarprodukte zu exportieren. Wie bewertet Ihre Partei diese Zielsetzung?</p> | <p>Wir brauchen einen Systemwechsel in der Landwirtschaft und Ernährung, weg von der bisherigen Exportorientierung und hin zu regionalen Nährstoff- und Wirtschaftskreisläufen. Diese Forderung bestätigen auch die Ergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft. Unsere Landwirtschaft steht angesichts von Globalisierung, Klimawandel und gesellschaftlichen Erwartungen vor großen Herausforderungen. Diese lassen sich mit den bisherigen Direktzahlungen, die nur an den Flächenbesitz gebunden waren, nicht bewältigen. Mit importierten Futtermitteln hiesige Tiere zu mästen, deren Ausscheidungen hier zu behalten und das Fleisch als Billigprodukt in den Export zu schicken, ist in der Gesellschaft nicht vermittelbar und für Landwirtinnen und Landwirte auch wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar.</p> <p>Öffentliche Gelder sollten künftig für öffentliche Leistungen der Landwirtschaft im Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Erhalt unserer Kulturlandschaft eingesetzt werden.</p> |

| | |
|--|---|
| | <p>Außerdem muss der Einkauf regional und nachhaltig erzeugter Lebensmittel für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung gezielt gefördert werden. So können landwirtschaftliche Betriebe ihre Produkte deutlich besser vor Ort und zu angemessenen Preisen verkaufen. Wir begrüßen, dass die Zukunftskommission Landwirtschaft diesen Weg ausdrücklich empfiehlt.</p> |
| Zukunftskommission Landwirtschaft | |
| <p>7. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat den Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl beschlossen, der von der Gesellschaft mitgetragen und finanziert werden soll. Unterstützt Ihre Partei die Forderungen der ZKL und wo sehen Sie konkrete Umsetzungspunkte?</p> | <p>Die SPD unterstützt dieses Anliegen vollumfänglich. Landwirt*innen leisten den grundlegenden Beitrag für unser aller Ernährung mit guten, gesunden und frischen Lebensmitteln. Landwirt*innen können dabei aber gleichzeitig viele weitere Leistungen erbringen, die für unsere ganze Gesellschaft lebenswichtig sind: Sie können wesentlich mit dazu beitragen, das Grundwasser, die Bäche, Flüsse und Seen vor schädlichen Nährstoffeinträgen zu schützen. Sie können helfen, weniger Treibhausgas auszustoßen, und sogar Kohlenstoff aus der Luft wieder in Mooren und im Bodenumus zu binden. Landwirt*innen können diese Leistungen aber nicht zum Nulltarif erbringen. Sie verdienen Wertschätzung und einen fairen finanziellen Ausgleich. Die nationale Umsetzung der GAP ist ein erster Schritt hierzu: 25 % der Direktzahlungen, die aktuell noch pauschal nach der Größe der Fläche vergeben werden, sollen für neue Klima-, Naturschutz- und Umweltsleistungen, s.g. Öko-Regelungen innerhalb der 1. Säule, eingesetzt werden. Dafür stehen jedes Jahr über 1 Mrd. Euro zur Verfügung.</p> |
| Tierhaltung / Borchert-Kommission | |
| <p>8. Die Borchert-Kommission hat Ihren Abschlussbericht zur Zukunft der Tierhaltung vorgelegt. Hält Ihre Partei die dort festgelegten Änderungen und</p> | <p>Die Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung sind eine Grundlage für weitere Diskussionen über die Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung und werden noch weiterentwickelt. Die Arbeitsgruppen, die dem Kompetenznetzwerk bisher zugearbeitet haben, erarbeiten weiterhin Kriterien für eine tierwohlgerechte Haltung aller landwirtschaftlicher Nutztiere, einschließlich Transport und Schlachtung. Die</p> |

deren finanzielle
Ausstattung für
ausreichend?

notwendige finanzielle Ausstattung wird erst genauer
abzuschätzen sein, wenn die konkreten Haltungskriterien
und der Umbauebedarf feststehen. Unsere umfassende
Position zur Nutztierhaltung finden Sie hier:

https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_neustart-nutztierhaltung-deutschland_20210126.pdf